

Zeitschrift: Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur
Herausgeber: Verein für Bündner Kulturforschung
Band: - (1976)
Heft: 9-10

Artikel: Graubünden und Obersaxen an der eidgenössischen Urne
Autor: Abele, Toni
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-398195>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BÜNDNER MONATSBLATT

Zeitschrift für bündnerische Geschichte, Heimat- und Volkskunde

Chur, September/Oktober 1976 Nr. 9/10

Graubünden und Obersaxen an der eidgenössischen Urne

Toni Abele, St. Sulpice VD

Dieser Beitrag von Herrn Toni Abele gilt als Muster für analoge, bzw. identische statistische Abhandlungen für die Gemeindearchive. Selbstverständlich wäre dem BM aus Platzgründen unmöglich, andere Arbeiten in diesem Umfange zu veröffentlichen. *Red.*

Vom Stimmbürger zum Stummbürger, strapazierte Demokratie, Nein-Welle und Stimmabstinenz, zunehmendes Desinteresse, Apathie-Teilnahmslosigkeit: Das sind einige Schlagzeilen aus der Tagespresse zu der seit etwa 1950 stetig abnehmender schweizerischen Stimmbeteiligung. Peter Kurer¹ stellt fest, dass «unser Verhältnis zur zunehmenden Abstinenz des Stimmbürgers kein rational-aufgeklärtes, vielmehr ein irrational-hilfloses» sei. Der Kanton Basel-Land setzte 1972² eine Expertenkommission zur Hebung der Stimmbeteiligung ein, welche u. a. empfahl, die «politische Kommunikation und Information» zu verbessern. Sorgfältige Wahlanalysen werden gefordert.

Kann vielleicht ein geschichtlicher Rückblick, ohne die Historie zu verpolitisieren, dazu beitragen, den Stimmabstinent zu «aktivieren»

¹ *Stimmbeteiligung und Demokratie*; NZZ, 22. 9. 1975.

² Landeskanzlei: *Die Baselbieter Stimmbürger-Untersuchung 1972*, Liestal o. D., S. 42.

in der Annahme, dass Politik neben der Jagd die zweite grosse Leidenschaft der Grisonen sei? Wir sollten einmal wissen, welches Votum der Bündner und als Beispiel der Obersaxer zu den seit 1848 durchgeführten eidgenössischen Abstimmungen abgegeben hat. Nachdem sämtliche Abgeordneten des Grossen Rates am 1. August 1848 für die Annahme der bereinigten Bundesverfassung stimmten und durch ihren einmütigen Beschluss «einen erhebenden Beweis eidgenössischer Gesinnung an den Tag»³ legten, hatten sich die bündnerischen souveränen und autonomen Gerichtsgemeinden 20 Tage später zu diesem Verfassungsentwurf zu äussern. Das Ergebnis lautete: 51 dafür und 12 Gemeindestimmen, darunter Obersaxen, dagegen.⁴ Die Tagsatzung vom 12. September 1848 bejubelte auch das Bündner Resultat, trotzdem nur unsere Vertreter sowie diejenigen von Appenzell-Innerrhoden sich für diese denkwürdige Tagsatzung von ihren Standesweibern begleiten liessen, was ihnen scheinbar übel vermerkt wurde: «Sie hätten den Geist der Bundesverjüngung» nicht erfasst.⁵

Von 1848 bis 1974 konnte der Schweizer Bürger, seit 6. Juni 1971 auch die Schweizer Bürgerin, 253 mal ein Ja oder ein Nein in die Urne legen: 126 mal nahm der Schweizer Souverän die Abstimmungsvorlagen an und 127 mal wollte er nichts davon wissen. Die Bündner sagten dazu: 114 mal ja, 139 mal nein; 201 mal waren die Bündner gleicher Meinung wie die Mehrheit der anderen eidgenössischen Stände, 52 mal teilten sie diese nicht. Die Obersaxer stimmten 173 mal gleich wie die «andern» Schweizer und 80 mal anders.⁶ Die Obersaxer waren 198 mal gleicher Auffassung wie die Mehrheit des Bündnervolkes, 55 mal nahmen die Obersaxer einen anderen Standpunkt ein.⁶

Die Anzahl der Stimmberechtigten in Obersaxen betrug im 19. Jahrhundert durchschnittlich 174; sie stieg im 20. Jahrhundert auf 200,

³ Friedrich Pieth: *Bündnergeschichte*, Chur 1945, S. 437.

⁴ Nicht die Gesamtheit der volljährigen Schweizer in Graubünden war stimmberechtigt, sondern die Stimmen-Mehrheit der 66 Gerichtsgemeinden entschied. Amtsblatt des Kantons Graubünden 1848, S. 158: 51 annehmende, 12 verwerfende und drei ausbleibende Stimmen. Bei den verwerfenden Stimmen aus dem Oberen Bund u. a.: Waltensburg, Ruis und Obersaxen, Laax und Seewis, Rhäzüns und Bonaduz, Ems und Felsberg usw.

⁵ Beatrice Steinmann: *Der Nationalrat nahm seine Arbeit auf*; NBZ, 18. September 1973.

⁶ Die beiden nicht mehr auffindbaren Obersaxer Resultate von 1890 und 1894 sind aus «statistischen Gründen» als annehmend bzw. als verwerfend gezählt.

trotzdem die Bevölkerung von 1850 bis 1970 um 25% abnahm. Als die Frauen mitstimmen konnten, verdoppelte sich 1971 diese Zahl im Verhältnis von 50,2% Frauen zu 49,8% Männer auf 415 im Mittel.

Die Stimmbeteiligung der Obersaxer darf sich sehen lassen. Als nur die Männer zur eidgenössischen Urne schritten, betrug sie, soweit er-rechenbar, durchschnittlich 73% und stieg nach Einführung des Frauenwahl- und -stimmrechtes auf 76%. Zu erwähnen sind die Ma-xima anno 1922 bei der Abstimmung über die Vermögensabgabe mit 98% und 1952 beim Landwirtschaftsgesetz mit einer 95 prozentigen Partizipation. Als 1914 über das Verwaltungsgericht zu entscheiden war, konnten infolge Aktivdienstes nur 38% der Obersaxer zur Urne gehen. Anno 1960 hatten ebenfalls nur 38% der Obersaxer Interesse an der Fragestellung der Preiskontrolle.

Auffallend ist bei etlichen Obersaxer Ergebnissen die Anzahl der leeren und ungültigen Voten. Bei der Abstimmung 1949 über die Na-tionalbank waren 34% der abgegebenen Stimmen leer oder ungültig. Wenn wir die 13 Abstimmungen der Jahre 1973 bis 1974 kritisch be-trachten, so stellen wir fest, dass über 9% der eingelegten Stimmen als leer und ungültig auszuscheiden waren. Auf mangelnde Aufklärung dürfte die Abstimmung von 1874 über die Totalrevision der Bundes-verfassung zurückzuführen sein: Obersaxen und auch andere Bünd-ner Gemeinden gaben sowohl ein Volksvotum als auch ein Standes-votum ab. Obersaxen z. B.: Volksvotum drei Ja 175 Nein; Standesvo-tum drei Ja 191 Nein, weshalb der Kanton die Stimmbürger aufklären musste.⁷

Im Jahre 1866 gelangten am gleichen Tag neun Sachgeschäfte zur Abstimmung. Alle Obersaxer legten Nein-Zettel in die Urne. Das er-ste Ja ist erst 1872 bei der verworfenen Totalrevision der Bundesver-

⁷ Extra-Amtsblatt des Kt. Graubünden vom 4. Mai 1874, S. 6. Amtsblatt 1874, S. 87: «Bezüglich der Stimmkarten scheint häufig die Ansicht zu walten, dass dieselben, wenigstens eventuell, auch für die Altersklasse vom erfüllten 17. bis zum erfüllten 20. Jahre bestimmt seien, während es doch selbstverständlich ist, dass die von Bern ausgehenden Stimmkarten zur allgemeinen schweizerischen Volksabstimmung nur den zu dieser Ab-stimmung Berechtigten, also nur denjenigen zugeteilt werden können, welche am 19. April das zwanzigste Altersjahr erfüllt haben werden. Sollte dann zur Abgabe des Standesvotum auch jene Altersklasse von 17 bis 20 Jahren herbeigezogen werden, so wird über die Art und Weise dieser Abstimmung das Nähere von Kantons wegen noch festgesetzt werden müssen.»

fassung zu verzeichnen. Das erste Ja-Resultat der Gemeinde datiert aus dem Jahre 1877. Zu erwähnen ist, dass von 1872 bis 1922 sich neun mal eine einzige Stimme gegen alle anderen Obersaxer Voten erhob.

Und wenn wir Obersaxen, hinsichtlich Territorialfläche in absinkender Reihenfolge an 30. Stelle aller Bündner Gemeinden (fast zwei mal grösser als Gemeinde-Mittel) und anno 1970 bevölkerungsmässig von 220 Gemeinden im 54. Rang (etwas weniger als Gemeinde-Mittel) «liegend oder stehend» als Test-Gemeinde analysieren wollen, so müssen auch die Stimm-Sonntage von 1887, 1902 und 1965 notiert werden, als die Differenz zwischen Ja- und Nein-Stimmen nur vier Stimmen betrug.

Der eidgenössischen Abstimmungskalender nimmt Rücksicht auf Landwirtschaft und Tourismus. Im August wurden 1848 bis 1974 nur zwei Abstimmungen organisiert, während im Mai total 43 und im Monat Oktober 31 Abstimmungen stattfanden. Es ist begreiflich, dass die Stimm-Partizipation der Obersaxer von der zweiten Hälfte Juli bis zur ersten Hälfte September nur 64% betrug, während das Februar-Mittel bei 78% liegt.

Ein Wort zu den Quellen: Wie der Schweizer Souverän stimmte, kann mühelos aus dem Bundesblatt 1970⁸ entnommen werden. Die Gesamtergebnisse des Kantons Graubünden sollten in den Abstimmungs-Protokollen im Staatsarchiv Chur⁹ zu finden sein. Es fehlen aber leider gar viele Zusammenstellungen, weshalb von 253 eidgenössischen Abstimmungen 43 Ergebnisse für Obersaxen aus der Tagespresse¹⁰ herausgeschrieben werden mussten, wobei die Resultate von 1890 und 1894 (Gewerbegesetz) leider nicht ermittelt werden konnten. Die Obersaxer Ergebnisse aus der Tagespresse sind in der nachfolgenden chronologischen Zusammenstellung in Kursivschrift gehalten.

⁸ S. 1665–1719.

⁹ Signatur: II 1 d 2.

¹⁰ P. Godehart Riedi OSB hatte die Freundlichkeit, davon 29 Obersaxer Ergebnisse aus der *Gasetta Romontscha*, Mustér, zu entnehmen.

¹¹ Eidg. Statistisches Amt, Heft Q 32.

¹² Eidg. Statistisches Amt, Heft Q 6.

¹³ leer, ungültig: 61.

¹⁴ erstmalige Beteiligung der Frauen.

Für Abstimmungen, welche am gleichen Tag durchgeführt wurden, steht eine Jahreszahl vor dem Sachgeschäft. Für die Kolonnen der Übersicht gilt:

1. Spalte: annehmend (+) oder verwerfend (-) Schweiz.
2. Spalte: annehmend (+) oder verwerfend (-) Graubünden.
3. Spalte: Anzahl Ja-Stimmen Obersaxen.
4. Spalte: Anzahl Nein-Stimmen Obersaxen.
5. Spalte: Anzahl Stimmberechtigter Obersaxen.
6. Spalte: Stimmbeteiligung Obersaxen in Prozenten.

	①	②	③	④	⑤	⑥
1848 Bundesverfassung	⁴ +	+	—	—		
1866 Mass und Gewicht	—	—	0	152		
Niederlassung Juden und Naturalisierte . . .	+	—	0	152		
Gemeindestimmrecht Niedergelassener . . .	—	—	0	152		
Besteuerung Niedergelassener	—	—	0	152		
Kantonsstimmrecht Niedergelassener . . .	—	—	0	152		
Glaubens- und Kultusfreiheit	—	—	0	152		
Ausschliessung einzelner Strafarten	—	—	0	152		
Schutz geistigen Eigentums	—	—	0	152		
Verbot Lotterie- und Hasardspiele	—	—	0	152		
1872 Totalrevision Bundesverfassung	—	—	1	188		
1874 Totalrevision Bundesverfassung	⁷ +	+	3	175		
1875 Zivilstand und Ehe	+	—	5	132		
Politische Stimmberechtigung, 1. Entwurf	—	—	11	126		
1876 Banknotengesetz	—	—	0	107		
1876 Militärpflichtersatz, 1. Entwurf	—	—	2	92		
1877 Fabrikgesetz	+	+	77	43		
Militärpflichtersatz, 2. Entwurf	—	—	11	109		
Politische Stimmberechtigung, 2. Entwurf	—	—	2	118		
1879 Subvention Alpenbahnen	+	—	4	107	186	58
1879 Wiedereinführung Todesstrafe	+	+	106	15	175	69
1880 Banknotenmonopol	—	+	108	3	183	61
1882 Erfindungsschutz, 1. Entwurf	—	—	56	35	189	48
Epidemiengesetz	—	—	1	100	189	53
1882 Erziehungssekretär Primarschulen	—	—	0	159	188	85
1884 Organisation Justiz-Polizeidepartement . .	—	—	1	148	189	
Patenttaxen Handelsreisende, Beseitigung	—	—	4	145	189	
Bundesstrafrecht, Ergänzung	—	—	3	146	189	
Kanzleikosten Gesandtschaft Washington	—	—	1	147	189	

	①	②	③	④	⑤	⑥
1885 Alkoholfrage, Regelung durch Bund	+	—	42	92		
1887 Alkoholmonopol, Einführung	+	+	83	49		
1887 Erfindungsschutz, 2. Entwurf	+	+	48	44		
1889 Schuldbetreibungs-, Konkurs-Gesetz	+	—	1	119		
1890 Unfall-, Krankenversicherung	+	+	?	?		
1891 Pensionsgesetz Bundesbeamte	—	—	12	135	165	
1891 Einführung der Initiative	+	+	112	3	165	
1891 Banknotenmonopol	+	—	32	91	165	
Zolltarif-Gesetz	+	+	122	2	165	
1891 Verstaatlichung Zentralbahn	—	—	1	132	165	
1893 Schächtverbot	+	—	3	99	163	63
1894 Gewerbegesetzgebung, 1. Entwurf	—	—	?	?		
1894 Recht auf Arbeit	—	—	1	93	165	
1894 Kantonsanteile an Zolleinnahmen	—	—	129	22	168	90
1895 Gesandtschaftsgesetz	—	—	7	87	163	59
1895 Zündholzmonopol	—	—	1	82	165	50
1895 Militärartikel	—	—	5	119	163	76
1896 Viehhandelsgesetz	—	—	0	115	172	67
Eisenbahn-Rechnungsgesetz	+	—	1	114	172	67
Armee-Disziplinarstrafordnung	—	—	0	115	172	67
1897 Errichtung Bundesbank	—	—	0	141	172	82
1897 Wasserbau- und Forstpolizei, Ausdehnung	+	—	8	88	155	62
Lebensmittelpolizei	+	+	70	28	155	63
1898 Verstaatlichung Schweiz. Eisenbahnen . . .	+	+	9	129	169	82
1898 Zivilrechtseinheit, Art. 64	+	+	7	123	180	79
Strafrechtseinheit, Art. 64 ^{bis}	+	+	8	134	180	79
1900 Kranken-, Unfall-, Militärversicherung . .	—	—	3	155	185	85
1900 Proportionalwahl Nationalrat	—	—	141	7	185	81
Bundesrat, Wahl durch das Volk	—	—	141	7	185	81
1902 Primarschulen-Subvention	+	+	55	59	191	
1903 Zolltarif-Gesetz	+	+	173	6		
1903 Bundesstrafrecht, Ergänzung	—	—	4	96		
Nationalratsw. nach schweiz. Bevölkerung	—	—	22	78		
Kleinhandel mit geistigen Getränken	—	+	65	35		
1905 Erfindungsschutz, Ausdehnung	+	+	32	54		
1906 Lebensmittelgesetz	+	+	120	15	188	72
1907 Militärorganisation	+	+	83	61	195	74
1908 Gewerbegesetzgebung, 2. Entwurf	+	+	76	15	195	63
Absinth-Herstellungverbot	+	+	108	13	195	63
1908 Wasserkräfte, Gesetzgebung	+	+	62	33	196	48
1910 Nationalrat, Proportionalwahl	—	—	180	8	194	97
1912 Kranken- und Unfallversicherung	+	+	52	91	192	74

	①	②	③	④	⑤	⑥
1913 Bekämpfung Epidemien	+	+	22	61	202	41
1914 Verwaltungs-, Disziplinargericht	+	+	23	41	170	38
1915 Kriegssteuer, einmalige Erhebung	+	+	85	4	170	
1917 Stempelabgabe, Einführung	+	+	53	78	190	
1918 Direkte Bundessteuer, Einführung	—	—	22	113	170	79
1918 Nationalrat, Proportionalwahl	+	+	134	16	198	75
1919 Schifffahrtsregelung	+	+	90	22	177	68
Neue Kriegssteuer	+	+	99	10	177	68
1919 Wahldisposit. für National- und Bundesrat	+	+	98	25	175	71
1920 Arbeitsverhältnis, gesetzliche Ordnung ..	—	—	8	116	187	84
Spielbanken-Verbot	+	+	107	44	187	84
Spielbanken-Verbot, Gegenentwurf	—	—	6	114	187	84
1920 Beitritt zum Völkerbund	+	+	19	150	185	92
1920 Arbeitszeit bei Eisenbahnen	+	—	15	124	186	76
1921 Staatsverträge, fakultatives Referendum .	+	+	108	13	182	68
Militärjustiz, Aufhebung	—	—	4	119	182	68
1921 Automobil- und Fahrradverkehr, Regelung	+	—	8	132	186	75
Luftschifffahrt, Regelung	+	—	24	107	186	70
1922 Einbürgerung von Ausländern	—	—	6	93	188	54
Ausweisung wegen Landessicherheit	—	—	72	28	188	54
Wählbarkeit Bundesbeamte in Nationalrat	—	—	7	87	188	54
1922 Abänderung Bundesstrafrecht	—	+	91	48	187	74
1922 Vermögensabgabe, einmalige	—	—	1	181	185	98
1923 Schutzhaft, Einführung	—	—	0	120	182	66
Zonenabkommen mit Frankreich	—	—	2	116	182	65
1923 Zollinitiative	—	—	8	130	179	77
1923 Alkoholmonopol, Erweiterung, 1. Entwurf	—	+	69	35	171	61
1924 Aufhebung, Achtstundentag	—	+	92	47	171	81
1925 Initiative Rothenberger	—	—	3	123	171	74
1925 Aufenthalt, Niederlassung von Ausländern	+	+	79	47	177	72
1925 Alters- und Invaliden-Versicherung ¹¹	+	+	36	88	178	70
1926 Getreideversorgung, Monopol	—	—	17	138		
1927 Alpenstrassen-Entschädigung an Kantone	+	+	121	13	167	
Automobil- und Fahrradverkehr, Regelung	—	+	104	28	167	
1928 Naturalisation, Art. 44, Überfremdung...	+	—	28	88		
1928 Kursäle, Erhaltung	+	+	74	26	177	58
1929 Getreideversorgung	—	—	0	152	173	
Getreideversorgung, Gegenentwurf	+	+	150	2	173	
Zolltarif, Änderung	+	+	150	2	173	
1929 Strassenverkehr, Regelung	—	—	7	125	176	75
Trinkbranntwein, Verbot, recht Gemeinde	—	—	21	110	176	75
1930 Alkoholmonopol, 2. Entwurf	¹² +	+	104	36	174	80

	①	②	③	④	⑤	⑥
1931 Ausländische Orden, Annahmeverbot	+	+	74	9	177	48
1931 Nationalrat, Wahlzahl 22 000	+	+	146	2	176	85
Amsdauer National- und Bundesrat	+	+	141	6	176	85
1931 Alters- und Hinterlassenenversicherung . ¹¹	—	—	2	155	177	92
Tabakbesteuerung	—	—	13	148	177	92
1933 Besoldungsherabsetzung Bundespersonal	—	—	114	45	173	92
1934 Schutz der öffentlichen Ordnung	—	+	136	19	176	88
1935 Militär-Reorganisation, Abänderung	+	+	66	80	183	80
1935 Verkehrsteilungsgesetz	—	+	105	49	175	88
1935 Kriseninitiative	—	—	17	170	196	92
1935 Bundesverfassung, Totalrevision	—	—	139	26	190	84
1937 Freimaurer-Verbot	—	—	45	78	200	79
1938 Rätoromanisch als Nationalsprache	+	+	134	20	180	88
Fakultatives Referendum, Änderung	—	—	3	140	180	88
Privat-Rüstungsindustrie	—	—	5	124	180	80
Privat-Rüstungsindustrie, Gegenentwurf	+	—	110	27	180	80
1938 Schweiz. Strafgesetzbuch	+	—	9	141	180	
1938 Finanzhaushalt, Übergangsordnung	+	—	118	22		
1939 Verfassungs-Gerichtsbarkeit, Erweiterung	—	—	19	85		
Dringlichkeits-Klausel	+	+	72	35		
1939 Landesverteidigung, Arbeitslosigkeit	+	—	109	26		
1939 Dienstverhältnis Bundespersonal	—	—	13	148		
1940 Militärischer Vorunterricht, obligatorisch	—	—	14	122		
1941 Alkoholmonopol, Neuordnung	—	—	31	94		
1942 Bundesrat, Wahl durch das Volk	—	—	6	155		
1942 Nationalrat, Reorganisation	—	—	15	110		
1944 Unlauterer Wettbewerb	+	+	117	26	210	70
1945 Bundesgesetz für SBB	+	+	32	87	212	57
1945 Familienschutz	+	+	126	31	222	71
1946 Verkehrskoordination	—	+	49	88	221	63
1946 Recht auf Arbeit	—	+	6	134	221	63
1947 Wirtschaftsreform, Recht auf Arbeit	—	—	3	161	224	74
1947 Wirtschaftsartikel	+	+	96	81	224	84
Alters- und Hinterlassenenversicherung	+	+	65	122	224	84
1948 Zuckerwirtschaft	—	—	89	98	218	87
1949 Nationalbank ¹³	—	—	38	82	222	82
Tuberkulosenbekämpfung	—	—	4	162	222	82
1949 Dringlichkeits-Klausel	+	—	7	144	226	68
1949 Bundesbeamten-Statut	+	+	61	140	225	90
1950 Wohnbautätigkeit	—	—	45	127	225	78
1950 Bundesfinanzhaushalt	—	—	139	49	221	85
1950 Bodenspekulation	—	—	9	156	222	74

	①	②	③	④	⑤	⑥
1950 Wahl Nationalrat	+	+	105	39	224	76
Finanzordnung 1951–1954	+	+	138	25	224	76
1951 Motorfahrzeuge	—	+	59	106	224	76
1951 Nationalbank	—	—	2	187	224	86
Nationalbank, Gegenentwurf	+	+	165	22	224	83
1951 Besteuerung öffentlicher Unternehmungen	—	—	81	64	217	69
1952 Gasthof-Bewilligung	—	+	106	32	218	65
1952 Landwirtschaftsgesetz	+	+	182	17	214	95
1952 Umsatz-Steuer	—	—	8	163	214	80
1952 Rüstungsfinanzierung	—	—	5	146	216	70
1952 Deckung Rüstungsausgaben.....	—	—	79	83	216	78
1952 Tabak-Steuer	+	+	121	32	216	75
Luftschutz-Räume	—	—	41	99	216	75
1952 Preis-Kontrolle	+	—	18	138	216	78
Getreide-Versorgung	+	+	110	54	216	78
1953 Postverkehrs-Gesetz, Revision	—	—	75	90	215	77
1953 Finanz-Haushalt Bund, Neuregelung	—	+	85	78	213	80
Gewässer-Schutz.....	+	+	107	54	213	80
1954 Fähigkeitsausweise in Gewerbe	—	—	43	91	216	68
Hilfe an Auslands-Schweizer	—	+	51	81	216	68
1954 Finanzordnung 1955–1958	+	—	145	18	216	77
1954 Schutz Rheinfall-Rheinau.....	—	—	10	155	213	78
1955 Schutz der Mieter und Konsumenten ...	—	—	28	111	218	67
Schutz Mieter-Konsumenten, Gegenentw.	—	+	105	41	218	67
1956 Preis-Kontrolle, Weiterführung	+	+	108	32	212	69
1956 Wasserrechts-Konzessionen	—	—	19	143	202	81
Holzverzuckerungs AG, Domat/Ems.....	—	+	133	30	202	81
1956 Brotgetreide-Ordnung, Revision	—	+	126	22	210	73
Ausgaben-Beschluss Bundesversammlung	—	—	90	45	210	70
1957 Zivilschutz.....	—	+	94	52	211	72
Rundspruch und Fernsehen	—	—	46	98	211	72
1957 Atomenergie und Strahlenschutz.....	+	+	74	52	210	67
Brotgetreide-Versorgung	+	+	99	36	210	68
1958 Missbrauch wirtschaftlicher Macht	—	—	3	149	210	74
1958 Finanzhaushalt, Bund, Neuordnung	+	+	137	32	211	82
1958 Filmwesen	+	+	88	32	211	58
Verbesserung Strassennetz	+	+	110	13	211	60
1958 44-Stundenwoche.....	—	—	8	168	213	83
1958 Kursaal-Spiele	+	+	111	49	213	78
Nutzbarmachung des Spöl	+	+	148	17	213	79
1959 Frauenstimm- und -wahlrecht	—	—	25	151	215	82
1959 Zivilschutz.....	+	+	138	24	211	78

	①	②	③	④	⑤	⑥
1960 Milchwirtschaft	+	+	72	67	196	73
1960 Preis-Kontrolle, Weiterführung	+	+	56	20	212	38
1961 Rohrleitungsanlagen	+	+	95	54	189	84
Zollzuschlag auf Treibstoffen	—	+	84	73	189	87
1961 Einführung Gesetzes-Initiative	—	—	11	141	204	76
1961 Uhrenstatut	+	+	75	43	203	58
1962 Atomwaffen-Verbot	—	—	10	161	204	85
1962 Natur- und Heimatschutz	+	+	82	54	196	71
Nationalrat, Taggelder	—	—	21	113	196	71
1962 Nationalrat, Wahl, Art. 72	+	—	22	118	201	73
1963 Atomwaffen für Armee	—	—	9	146	198	79
1963 Finanz-Ordnung	+	+	118	37	208	79
Stipendien, Ausbildungsbeihilfen	+	+	95	59	208	80
1964 Steuer-Amnestie	—	+	62	107	207	85
1964 Berufsbildung	+	+	16	112	205	66
1964 Preis-Kontrolle	+	+	80	63	206	77
1965 Teuerungs-Bekämpfung: Geldwesen	+	—	95	99	212	92
Teuerungs-Bekämpfung: Bauwirtschaft ..	+	—	94	102	212	92
1965 Milch und Milchprodukte	+	+	113	38	208	79
1966 Auslands-Schweizer	+	+	61	92	212	85
Alkohol-Bekämpfung	—	—	38	124	212	84
1967 Boden-Spekulation	—	—	7	149	210	76
1968 Steuer-Amnestie	+	+	92	76	205	84
1968 Tabak-Besteuerung	—	+	84	63	196	79
1969 ETH-Gesetz	—	—	30	123	191	88
1969 Bodenrecht	+	+	78	62	195	72
1970 Zucker-Wirtschaft	+	+	119	44	190	88
1970 Überfremdung	—	—	50	121	194	91
1970 Turnen und Sport	+	+	81	73	205	77
Familienschutz	—	—	37	107	205	77
1970 Finanzordnung	—	—	15	110	198	67
1971 Frauenstimm- und -wahlrecht	+	+	85	79	196	84
1971 Finanzordnung	¹⁴ +	+	138	155	407	83
Umweltschutz	+	+	211	81	407	83
1972 Denner-Initiative: Wohnbaufonds	—	—	56	158	412	70
Denner-Initiative, Gegenentwurf	+	+	126	71	412	70
Mieterschutz	+	+	183	91	412	78
1972 Baumarkt	+	+	141	84	410	63
Währungs-Schutz	+	+	147	83	410	63
1972 Waffen-Ausfuhr	—	—	73	233	414	77
1972 EWG-Abkommen	+	+	200	92	414	78
PdA-Initiative AHV-Ausbau	—	—	46	232	414	79

	①	②	③	④	⑤	⑥
1972 PdA-Initiative AHV-Ausbau, Gegenentw.	+	+	254	40	414	79
1973 Bildungs-Artikel	+	+	108	123	414	67
Forschungs-Artikel	+	+	81	160	414	68
1973 Jesuiten- und Kloster-Artikel	+	+	301	19	411	79
1973 Überwachung Preise, Löhne, Gewinne ..	+	—	114	189	410	79
Baumarkt-Stabilisierung	+	—	88	210	410	78
Abschreibungen Einkommens-Steuer	+	—	89	201	410	78
Kreditwesen	+	—	49	248	410	78
Tierschutz	+	+	195	105	410	78
1974 Überfremdung	—	—	98	261	423	88
1974 Wust-Erhöhung	—	+	168	113	432	74
Ausgaben-Erschwerung	+	+	159	105	432	73
Krankenversicherung, SP-Initiative	—	—	32	213	432	73
Krankenversicherung, Gegenentwurf	—	—	137	105	432	73